

Dienstag, 24.1.2012

Schweiz soll Steuersystem überarbeiten

Die OECD fordert, dass die Schweiz die Pauschalbesteuerung reicher Ausländer abschafft und die Zusammenarbeit mit ausländischen Finanzämtern weiter verbessert. Zudem empfiehlt sie eine einheitliche Mehrwertsteuer.



Bundesrat Johann Schneider-Ammann und OECD-Generalsekretär Angel Gurría. (Keystone)

OECD-Generalsekretär Angel Gurría hat zusammen mit Wirtschaftsminister Johann Schneider-Ammann in Bern den neuen OECD-Länderbericht zur Schweizer Wirtschaftspolitik vorgestellt.

Darin anerkennt die Organisation die gute Wirtschaftsleistung der Schweiz, sieht dennoch Reformbedarf vor allem bei Steuersystem.

Höhere Steuern für reiche Ausländer

Die OECD fordert von der Schweiz eine schärfere Besteuerung reicher Ausländer. Die Pauschalbesteuerung müsse abgeschafft werden, heisst es in dem Bericht. Für diese Menschen müssten die gleichen Steuervorschriften gelten wie für Schweizer. Schätzungen zufolge kommen gut 5000 Reiche und Superreiche in den Genuss einer Pauschalbesteuerung.

Die Schweiz hatte die Pauschalbesteuerung in den 1930er Jahren eingeführt, um reiche Ausländer ins Land zu locken. In einigen Kantonen wurde die Pauschalsteuer inzwischen per Volksabstimmung abgeschafft. Ein Gesetzentwurf des Bundes sieht zudem vor, dass in Zukunft mindestens das Siebenfache und nicht mehr das Fünffache der Wohnkosten oder 400'000 Franken Jahreseinkommen als Steuerbasis zu gelten haben.

Mehr Transparenz gegen ausländischen Steuerbehörden

Insgesamt habe die Schweiz im Kampf gegen Steuerhinterziehung Fortschritte gemacht, heisst es in dem Bericht weiter. Auf Druck der OECD hob die Schweiz 2009 ihr Bankgeheimnis weitgehend auf. Nun müsse der Informationsaustausch mit ausländischen Finanzämtern weiter verbessert werden, forderte die OECD.

Unter anderem müsse sichergestellt werden, dass die Besitzer von sogenannten Inhaberaktien identifiziert werden können. Im Gegensatz zu Namensaktien sind die Besitzer von Inhabertiteln nicht im Aktionärsregister einer Firma eingetragen und sind nur Banken oder Vermögensverwaltern namentlich bekannt.

Waren sollen stärker besteuert werden

Auch bei der Mehrwertsteuer besteht nach Ansicht der OECD Handlungsbedarf. «Würde die Besteuerung des Privateinkommens durch die Besteuerung von Waren und Dienstleistungen ersetzt, würde sich dies wachstumsfördernd auswirken», heisst es im Bericht.

Die OECD empfiehlt der Schweiz, bei der Mehrwertsteuer keine Ausnahmen mehr zuzulassen sowie den Standardmehrwertsteuersatz auf 8 Prozent zu erhöhen. Zudem solle eine Anwendung der Mehrwertsteuer auf Finanzdienstleistungen geprüft werden.

Steuerreform hat kaum Chancen

Heute gibt es in der Schweiz drei Sätze für die Mehrwertsteuer: Den Normalsatz von 8 Prozent, den Beherbergungssatz von 3,8 Prozent sowie den reduzierten Satz von 2,5 Prozent für Güter des täglichen Gebrauchs.

Wirtschaftsminister Schneider-Ammann stellte sich nicht gegen eine Reform. Es sei allerdings nicht der Moment für eine Stellungnahme des Bundesrats, sagte er vor den Medien. Zudem dürfte es schwierig werden, die Politik von der Steuerreform zu überzeugen.

Parlament will Ausnahmen beibehalten

Im vergangenen Dezember hatte sich der Nationalrat als Erstrat dafür ausgesprochen, dem Tourismussektor nächstes Jahr die Mehrwertsteuer von derzeit 3,8 Prozent für die Gastronomie und Hotellerie zu erlassen. Weiter versenkte der Nationalrat im Dezember einen Einheitssatz für die Mehrwertsteuer.

Der Bundesrat muss nun eine Steuer mit zwei Sätzen ausarbeiten. Von der Steuer ausgenommen werden sollen das Gesundheits- und Bildungswesen, Kultur- und Sportveranstaltungen sowie wohltätige Institutionen.

OECD warnt vor einer Immobilienblase

Die OECD warnt die Schweiz zudem vor einer Blase auf dem Immobilienmarkt. Die niedrigen Zinsen hätten zu einem Hypothekenboom und steigenden Immobilienpreisen geführt. In einigen regionalen Immobilienmärkten seien bereits Überhitzungserscheinungen erkennbar, schreibt die OECD.

Sie schlägt vor, die Schweizerische Nationalbank (SNB) in die Überwachung des Immobilienmarktes einzubinden: «Die SNB sollte in die Lage versetzt werden, alle erforderlichen Daten für eine wirksame Überwachung des Schweizer Hypothekarmarktes zu beschaffen.»

Ein weiteres Kapitel in dem Bericht ist der Finanzmarktregulierung gewidmet. Für die OECD steht dabei die Regulierung der immer noch stark fremdfinanzierten Grossbanken im Zentrum. Sie empfiehlt dem Bund unter anderem, von den beiden Grossbanken eine strengere Leverage Ratio über dem vorgesehenen Niveau von rund 5 Prozent zu verlangen. (bat, sda/reuters)